



Regionalbericht Südliches und Östliches Afrika

**Wenig Fortschritt, wenig Rückschritt,
viel Stagnation**

von Anja Osei

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2024030

Regionalbericht BTI 2024

Südliches und Östliches Afrika

Wenig Fortschritt, wenig Rückschritt, viel Stagnation

von Anja Osei*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Eswatini, Kenia, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Ruanda, Sambia, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Südsudan, Tansania und Uganda



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2024 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2023. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Anja Osei, Wenig Fortschritt, wenig Rückschritt, viel Stagnation — BTI 2024 - Regionalbericht Südliches und Östliches Afrika,

Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2024.

* Prof. Dr. Anja Osei ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Afrika am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und BTI Regional Koordinatorin für das Südliche und Östliche Afrika

Einleitung

Für den Berichtszeitraum von Februar 2021 bis Januar 2023 lassen sich im südlichen und östlichen Afrika sowohl positive als auch negative Entwicklungen feststellen. Ein großer Teil der Region verharrt jedoch in Stagnation, was die politische und wirtschaftliche Transformation angeht. Positiv zu verzeichnen ist der erfolgreiche Machtwechsel in Sambia, der mit einer qualitativen Verbesserung der Demokratiequalität einhergeht, sowie die Rückkehr Kenias in den Kreis der Demokratien.

In Bezug auf die politische Transformation lassen sich drei Tendenzen festhalten: in der Gruppe der Demokratien geht die Zufriedenheit der Bevölkerung leicht zurück, während die Institutionen formal intakt bleiben. Diese Gruppe von Ländern hat politische Systeme, die meist eine stark dominante Regierungspartei und eine schwache Opposition aufweisen, generell aber demokratische Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit achten. Botswana, Mauritius und Südafrika verlieren im Vergleich zum BTI 2022 jeweils einen Punkt im Indikator Zustimmung zur Demokratie, Mauritius und Südafrika jeweils einen Punkt im Indikator demokratisches Commitment. Die Tatsache, dass es in Ländern wie Botswana, Namibia und Südafrika seit der Unabhängigkeit keinen Machtwechsel gegeben hat, führt teilweise zu einer verschwommenen Grenze zwischen Staat und Partei, und damit zur Anfälligkeit für Korruption und innerparteiliche Patronagebeziehungen. Dies wiederum wirkt sich negativ auf die Demokratiezufriedenheit in der Bevölkerung aus.

Bei den Aufsteigern Kenia und Sambia haben die erfolgreichen Wahlen zu einer Stärkung der Demokratie geführt, wenngleich in beiden Ländern die Situation fragil bleibt und die Konsolidierung abgewartet werden muss. Ausschlaggebend war jeweils ein strategisch erfolgreich geführter Wahlkampf, der neue Akzente setzte und neue Wählergruppen ansprach, eine aktive Zivilgesellschaft und letztendlich die Akzeptanz des Ergebnisses durch die Wahlverlierer. Hier zeigte sich eine Aufwärtsspirale, die nicht erst mit den Wahlen an sich begann, sondern bereits mit der Kohäsion der Opposition, die aus der Unzufriedenheit in der Bevölkerung politisches Kapital ziehen konnte. Im regionalen Durchschnitt verbesserte sich die Akzeptanz demokratischer Institutionen um 0,27 Punkte, die effektive Regierungsgewalt um 0,32, und die Freiheit und Fairness der Wahlen um 0,14.

Das Gegenteil zeigt sich in der Gruppe der Autokratien. Hier ist eine Verschlechterung bei der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit um 0,37 zu sehen, ebenso eine Verschlechterung der Unabhängigkeit der Justiz um 0,61. Simbabwe wird von einer moderaten Autokratie zu einer harten Autokratie heruntergestuft.

Das Niveau der sozio-ökonomischen Entwicklung sinkt im Berichtszeitraum um 0,14 Punkte gegenüber dem BTI 2022. Ähnlich wie bei der politischen Transformation stagnieren viele Länder auf einem niedrigen Niveau. Die Auswirkungen externer Schocks (Covid-19-Krise, Ukraine-Krieg) sind weniger drastisch ausgefallen als erwartet, haben jedoch dennoch in Kombination mit den vorhandenen strukturellen Problemen zu einer schwierigen Gesamtsituation vor allem in Bezug auf die Armutsbekämpfung beigetragen. Hinter der relativen Stagnation verbergen sich teils gegenläufige Trends: einerseits gibt es nach dem starken Schrumpfen der Wirtschaft in vielen Ländern wieder ein leichtes Wachstum, das aber keinen durchschlagenden Erfolg bei der

Verringerung der Armut bewirkt. Gleichzeitig steigt die Inflation teilweise stark an. Insgesamt sind die Volkswirtschaften in der Region etwas offener geworden, allerdings fallen die Verbesserungen – die vor allem Tansania, aber auch Sambia betreffen – zu gering aus. Ihnen gegenüber stehen Verschlechterungen zum Beispiel in Namibia und Südafrika. Kaum nennenswerte Fortschritte gibt es im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit. Insgesamt stagniert die strukturelle Transformation. Die Region zeichnet sich nach wie vor durch starke Ungleichheit zwischen den Ländern, aber auch innerhalb von Ländern aus. Mit Botswana, Mauritius oder Südafrika befinden sich im südlichen und östlichen Afrika einige der offensten und robustesten afrikanischen Volkswirtschaften. Ebenso finden sich allerdings einige der ärmsten Länder der Welt, wozu zum Beispiel Madagaskar, aber auch die gescheiterten Staaten Somalia und Südsudan gehören.

Für die meisten Länder gilt daher ein hoher Schwierigkeitsgrad bei der politischen und wirtschaftlichen Transformation. Strukturelle Probleme und Konflikte erschweren das Regieren in einer Reihe von Staaten. Der Bürgerkrieg in Äthiopien kam durch einen Waffenstillstand Ende 2022 zunächst zur Ruhe, jedoch sind die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden aufgrund der regionalen Instabilität am Horn von Afrika schwierig. Eine Zunahme des Konfliktgeschehens lässt sich im benachbarten Somalia verzeichnen, auch der Südsudan bleibt fragil. Im Hinblick auf Gestaltungsfähigkeit setzen sich zwar viele Regierungen ambitionierte Ziele, können diese aber häufig nicht umsetzen. Dies führt zu einem Negativtrend bei den Governance-Indikatoren Priorisierung, Implementierung und Lernfähigkeit. Vor allem in Namibia und Südafrika zeigt sich, dass die enge Verquickung von Staat und dominanten Parteiensystemen ein Hemmnis für die gute Regierungsführung sein kann. Klientelismus, Korruption und kurzfristige Prioritätensetzungen bleiben neben einer schwachen Administration die hauptsächlichen Hindernisse für die Implementierung. Dies trifft auch auf den Bereich Umwelt und Klima zu. Wenngleich Klimaschutz eine immer höhere Bedeutung auf der Agenda vieler Regierungen einnimmt, wird er in der Praxis oft anderen Zielen untergeordnet.

Im Gegensatz zu Westafrika, wo die Instabilität durch Militärputsche und innerstaatliche Konflikte stark zunimmt, sind im südlichen und östlichen Afrika im Beobachtungszeitraum keine drastischen Veränderungen aufgetreten, weder in die eine noch in die andere Richtung.

Politische Transformation

Insgesamt zählt die Region acht Demokratien und 14 Autokratien. Botswana bleibt das einzige Land in der Kategorie sich konsolidierender Demokratien. Mauritius, Namibia, Südafrika und Malawi bleiben in der Kategorie der defekten Demokratien, hinzu kommt Sambia, das sich damit um zwei Kategorien verbessert. Kenia steigt wieder in die Kategorie der stark defekten Demokratien auf, in der sich auch Lesotho befindet. Tansania, Uganda, Madagaskar, Angola und Mosambik zählen zu den gemäßigten Autokratien, und Ruanda, Äthiopien, Dschibuti, Burundi, Eswatini, Südsudan, Eritrea und Somalia gehören der Kategorie der harten Autokratien an. Simbabwe verschlechtert sich weiter und wird auch eine harte Autokratie.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
Botswana	Mauritius ▼	Kenia ▲	Tansania	Simbabwe ▼
	Namibia	Lesotho	Uganda	Ruanda
	Südafrika		Madagaskar	Äthiopien
	Malawi		Angola	Dschibuti
	Sambia ▲▲		Mosambik	Burundi
				Eswatini
				Südsudan ●
				Eritrea
				Somalia ●

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Die Gewinner Kenia und Sambia verbesserten sich vor allem beim Indikator zu freien und fairen Wahlen, Sambia auch im Hinblick auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Beide Beispiele zeigen die Bedeutung von Wahlen und Wählermobilisierungsstrategien für die Demokratie-Entwicklung. In Sambia hatte sich vor allem zwischen 2019 und 2021 große Unzufriedenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ausgebreitet. Dies bildet die Grundlage für den Wahlsieg von Hakainde Hichilema und der United Party of National Development (UPND) über seinen Vorgänger Edgar Lungu und dessen Patriotic Front. Bemerkenswert sind mehrere Faktoren: zum einen spielte die traditionell starke Zivilgesellschaft eine demokratieförderliche Rolle, indem sie sich für die Fairness und Transparenz des Wahlprozesses einsetzte. Zum anderen gelang es der UPND, über ihre Stammwählerschaft hinaus neue Wählerschaften zu erschließen und sich als eine effektive Alternative zu positionieren. Drittens akzeptierte der Wahlverlierer Lungu das Wahlergebnis und demonstrierte damit die Achtung des Wählerwillens. Die Entwicklungen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass Defizite zum Beispiel in der Gewaltenteilung oder der Unabhängigkeit der Justiz weiterhin bestehen. Dennoch ist der friedliche Machtwechsel ein positives Signal für die Region.

In Kenia gewann William Ruto 2022 knapp die Wahlen. Auch hier ist bemerkenswert, dass sich die Mobilisierungsrhetorik änderte: Ruto versuchte, sich als Outsider eines durch politische Dynastien und ethnische Loyalitäten geprägten Systems darzustellen. Zumindest rhetorisch führte er einen an klassenbasierten Identitäten orientierten Wahlkampf und versprach zudem wirt-

schaftliche Reformen. Der Verlierer Raila Odinga versuchte zwar, das Ergebnis anzufechten, jedoch blieb die Lage friedlich und es kam nicht, wie in einigen der früheren Wahlen, zu Ausschreitungen. Auch in Kenia verbleiben viele Herausforderungen, zum Beispiel im Hinblick auf die ethnische Polarisierung im Parteiensystem und die ausgeprägten Patronagestrukturen. Jedoch konnte sich Kenia durch die erfolgreich durchgeführten Wahlen um eine Kategorie verbessern und kehrt in den Kreis der Demokratien zurück.

Negative Tendenzen sind in Südafrika und Mauritius zu verzeichnen. In beiden Ländern bleiben die Zustimmungswerte zur Demokratie hoch und die politischen Institutionen weitgehend intakt, allerdings zeigen sich Anzeichen von Unzufriedenheit und Desillusionierung. In Südafrika hat sich die Leistungsfähigkeit der politischen Institutionen leicht verschlechtert. Die Regierungspartei African National Congress (ANC) ist von Patronagenetzwerken und Streitigkeiten zwischen Parteiflügeln durchzogen, die der Präsident Cyril Ramaphosa nur unzureichend eindämmt. Landesweit sind viele politische Institutionen vor allem auf der lokalen Ebene unterfinanziert, schwach und korruptionsanfällig. Viele Südafrikaner:innen sind unzufrieden mit der Regierungspartei, sehen aber auch keine die politische Alternative im gegenwärtigen Oppositionsspektrum.

Ähnlich wie Südafrika galt auch Mauritius lange als Musterbeispiel der Demokratie. In der Berichtsperiode sind allerdings negative Trends erkennbar. Dies betrifft zum einen den Bereich der Meinungsfreiheit, da es verstärkt zu Zensur und Selbstzensur in den Medien kam. Als zweiter Bereich ist die Gewaltenteilung zu nennen, insbesondere die schwach ausgeprägte Kontrolle der Exekutive durch das Parlament. Die Regierungspartei spielt dort ihre Dominanz aus, Oppositionspolitiker werden teilweise in ihren Befugnissen beschnitten, indem sie sanktioniert oder daran gehindert werden, Fragen zu stellen. Vereinzelt gab es Berichte über Polizeigewalt, auch das Ausmaß der Korruption hat zugenommen. In der Summe ist eine Tendenz in Richtung einer Machtausweitung der Regierungspartei erkennbar, die sich auch in einer sinkenden Demokratiezufriedenheit widerspiegelt.

In Namibia hat sich trotz des steigenden politischen Wettbewerbs wenig am politischen System geändert: die Opposition ist zahlenmäßig seit 2020 stärker im Parlament vertreten, konnte aber kaum Einfluss auf die Formulierung und Umsetzung von Politik ausüben. Auch hier zeigen sich Schwächen in der institutionellen Leistungsfähigkeit sowie ein relativ hohes Maß an Korruption. Sowohl in Südafrika als auch in Namibia ist das grundsätzliche Funktionieren von Gewaltenteilung und demokratischer Regierungsführung gewährleistet, dennoch gibt es einen Rückgang des Vertrauens und der Demokratiezufriedenheit bei der Bevölkerung. Die dominanten, aus der Befreiungsbewegung hervorgegangenen Parteien ANC und SWAPO sind politisch noch immer unangefochten an der Macht. Um langfristig ihr Regierungsmandat zu halten, werden sie sich nicht mehr allein auf die Mobilisierung ihrer bröckelnden Stammwählerschaft verlassen können, sondern müssen eine bessere und weniger klientelbezogene Politik anbieten, um neue Wählerschichten gewinnen zu können. Die Opposition im Land bleibt gespalten und unfähig, eine gemeinsame Plattform zu bilden. Die Zustimmung zur Demokratie bleibt ungebrochen hoch, gleichzeitig ist die Zivilgesellschaft eher passiv, und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der politischen Institutionen ist leicht rückläufig.

Wenig Dynamik zeigt sich in den zahlreichen Autokratien. In Angola, Uganda und Dschibuti bestätigten die durchgeführten Wahlen wenig überraschend die jeweiligen Machthaber. Zu den Strategien des Machterhalts gehören Einschränkungen in der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Klientelismus, in vielen Ländern auch Gewalt gegen Oppositionelle und Unterdrückung

der Zivilgesellschaft. In Angola fiel der Stimmenanteil der Regierungspartei Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA) selbst nach Angaben der offiziellen Wahlkommission drastisch auf nur noch 51%, während alternative parallele Auszählungen sogar die Oppositionspartei União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA) vorn sahen. Aufgrund der fehlenden Gewaltenteilung wurden die Beschwerden der Opposition von der nicht unabhängigen Justiz zurückgewiesen. Die Wahl selbst wies Unregelmäßigkeiten auf, zum Beispiel in Bezug auf die Wahlregister und die Verfügbarkeit von Wahlmaterialien. Die Regierung nutzt Staatsressourcen sowie den Zugang zu Medien zu ihren Gunsten, wohingegen Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Bürgerrechte stark eingeschränkt sind. Die Gewaltenteilung ist ungenügend ausgeprägt, Parlament und Justiz sind dem Präsidenten untergeordnet. Ganz ähnlich stellte sich die Lage in Uganda dar: während der Wahl kam es zu Medien-Blackouts, Unregelmäßigkeiten und Einschüchterungsversuchen gegenüber der Opposition. Sehen sich Oppositionsparteien in Angola und Uganda einem unfairen und zugunsten der Machthaber manipulierten Prozess gegenüber, ist der Raum für oppositionelle Betätigung in Dschibuti noch deutlich enger. Präsident Ismaïl Omar Guelleh wurde mit 97% der Stimmen wiedergewählt. Allerdings hatte die Opposition im Vorfeld einen Boykott der Wahlen ausgerufen, so dass sich die Frage des Machtwechsels ohnehin nicht stellte.

Auch in den restlichen Autokratien zeigt sich ein typisches Muster: die Regierungspartei mit einem starken Präsidenten an der Spitze dominiert die gesamte politische Arena. Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Menschenrechte stagnieren auf niedrigem Niveau. Parlamente und Gerichte sind nicht in der Lage, ihre Aufgaben angemessen wahrzunehmen, Interessengruppen und Zivilgesellschaft sind ebenfalls von Repression betroffen. Kleinere Fortschritte sind in Tansania zu bemerken. Das Land verbessert sich um einen Punkt bei Vereinigungs- und Versammlungsrechten und um zwei Punkte bei der Meinungsfreiheit. Es bleibt abzuwarten, ob Samia Suluhu Hassan, die Nachfolgerin des verstorbenen John Magufuli, weitere Reformen einleiten wird. Andererseits hatte die Regierungspartei Chama Cha Mapinduzi in ihrer Geschichte immer schon autoritäre Züge, so dass vor allzu großem Optimismus gewarnt werden muss.

Simbabwe verschlechtert sich weiter um einen Punkt in Bezug auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Ein neues Gesetz, die Private Voluntary Organization Amendment Bill, konzentriert noch mehr Macht in der Hand der Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (ZANU-PF) und dem Präsidenten Emmerson Mnangagwa. Die politische Landschaft bleibt extrem polarisiert, die Bedingungen für Journalist:innen, zivilgesellschaftliche Akteure und Oppositionelle sind sehr schwierig. Politische Gewalt wird häufig gegen Regimekritiker:innen angewendet, eine unabhängige Justiz gibt es nicht.

Kaum Veränderungen ergeben sich in Burundi, Eritrea, Mosambik und Ruanda, in denen Regierungsparteien ihre Macht jeweils weiter festigen konnten. Trotz aller strukturellen Hindernisse gelingt es diesen mit harter Hand herrschenden Regierungen weitgehend, ihr Gewaltmonopol zu sichern und, zumindest in Ruanda und auch in Mosambik, grundlegende Verwaltungsstrukturen zu gewährleisten.

Von den stabilen Autokratien zu unterscheiden sind die gescheiterten Staaten Somalia und Südsudan, die ein staatliches Gewaltmonopol nicht etablieren können und kaum Infrastruktur bereitstellen. Ein großer Teil des somalischen Territoriums wird von al-Shabaab und anderen Milizen kontrolliert. Die Regionen Somaliland und Puntland sind international nicht anerkannte

Sezessionsstaaten. Konflikte zwischen der Zentralregierung und den Föderalstaaten erschweren die Umsetzung von im Berichtszeitraum geplanten Reformen der Verwaltung und Steuererhebung. Ebenfalls nicht geglückt ist der Übergang von einem clanbasierten zu einem allgemeinen Wahlrecht. Unter dem clanbasierten System konnten 2022 nur 27% der 14 Millionen Somali an den Wahlen teilnehmen. Der Wahlablauf wurde durch die Unsicherheit vor allem in den von al-Shabaab kontrollierten Gebieten weiter unterminiert. Die Wahlen waren weder frei noch fair, die Gewählten haben keine effektive Regierungsgewalt. Obwohl die Lage in den von unterschiedlichen Gruppen kontrollierten Gebieten leicht variiert, existieren Meinungs- und Versammlungsfreiheit in der Realität so gut wie nicht. Eine partielle Ausnahme bildet Somaliland, wo ein rudimentäres Parteiensystem existiert. Allerdings kam es auch dort zu signifikanten Rückschritten in der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Auch im Südsudan kann die Zentralregierung weder für Infrastruktur noch für Sicherheit sorgen. Das staatliche Gewaltmonopol wird von zahlreichen Rebellengruppen und militanten Akteuren infrage gestellt, die Versorgung mit Wasser, Strom oder Gesundheit ist in einem großen Teil des Landes nicht gewährleistet. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 2010 haben keine Wahlen stattgefunden, Präsident Salva Kiir regiert oft per Dekret. Politische Institutionen wie das Parlament sind nur Fassaden, die Bürger- und Menschenrechtslage bleibt katastrophal. Da politische, soziale und militärische Macht miteinander verwoben sind, existiert auch das Mehrparteiensystem nur auf dem Papier. Durch die fehlende Gewaltenteilung konzentriert der Präsident zwar viel Macht in seiner Person, gleichzeitig erschwert das fehlende staatliche Gewaltmonopol die Durchsetzung dieser Macht. Waffenstillstände werden oft nicht eingehalten. Eine politische Transformation ist in beiden Ländern nicht in Sichtweite, da praktisch alle Voraussetzungen dafür fehlen.

Wirtschaftliche Transformation

Im Bereich der wirtschaftlichen Transformation bleiben die Herausforderungen enorm, zudem gibt es große Ungleichheit *zwischen* den Ländern der Region, sowie große Ungleichheit *innerhalb* der Länder. Pandemiebedingt war die Wirtschaft fast aller Länder in der Region 2020 geschrumpft, erholt sich aber langsam wieder. Nach Angaben der Weltbank für 2021 wächst das BIP am stärksten in Botswana (+11,4%) und Ruanda (+10,9%).

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten	fortgeschritten	eingeschränkt	stark eingeschränkt	rudimentär
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
	Mauritius	Botswana	Angola	Simbabwe
		Kenia	Sambia	Südsudan
		Südafrika	Madagaskar	Somalia
		Tansania	Malawi	Eritrea
		Ruanda	Mosambik	
		Namibia	Dschibuti	
		Lesotho ▲	Eswatini	
		Uganda	Äthiopien	
			Burundi	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Inflation ist ein Problem, von dem viele Staaten der Region betroffen sind. Getrieben wird dies vor allem durch hohe Lebensmittel- und Energiepreise. Besonders dramatisch ist die Lage in Simbabwe, wo die Inflation im Vergleich zu 2020 zwar zurückging, aber 2022 noch immer bei 104.7% lag. Damit ist Simbabwe nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) das Land mit der höchsten Inflation weltweit. In Burundi, Ruanda, Botswana, Sambia und Mauritius liegt die Inflation im zweistelligen Bereich. Monetäre und fiskalische Stabilität gehen im Durchschnitt leicht zurück.

Botswana, nicht nur eines der demokratischsten Länder der Region, sondern auch eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften, hat sich zwar ökonomisch relativ stabil gezeigt, ist jedoch nach wie vor stark vom Diamantenhandel abhängig. Obwohl die Regierung sich über die Jahre hinweg durch eine gute makroökonomische Steuerungsfähigkeit auszeichnete, ist es offensichtlich, dass Botswanas Wirtschaft anfällig für externe Schocks ist. Covid-19 und der Anstieg der Treibstoffpreise haben sich stark auf das BIP des Landes ausgewirkt und zu erheblichen Haushaltsdefiziten geführt, die für die Haushaltsjahre 2020/21 und 2021/22 auf 2 Mrd. USD geschätzt werden. Diese Abhängigkeit zeigt sich auch in anderen Ländern mit wenig diversifizierter Wirtschaft. Angola verzeichnete 2021 nach fünf Jahren zum ersten Mal wieder ein moderates Wachstum von 1,1%, hauptsächlich resultierend aus gestiegenen Ölexporten. Dies illustriert die große Abhängigkeit vom Ölsektor, der noch immer 70% der Staatseinnahmen und 90% der Exporte ausmacht.

Enttäuschend blieb die Wirtschaftsleistung Südafrikas. Das Wachstum von 4,9 % im Jahr 2021 stellt lediglich eine Korrektur des negativen Wachstums von 6,3 % im Jahr 2020 dar. 2022 fiel es auf 2,1%. Hieraus ergibt sich ein langsames Wachstum der Einnahmen und damit eine höhere Staatsverschuldung. Die Regierung hat allen staatlichen Stellen Ausgabenobergrenzen auferlegt. Dies erschwert jedoch die Durchführung dringend notwendiger Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere im Hinblick auf angeschlagene Staatsunternehmen, um dringend benötigte ausländische Direktinvestitionen anzuziehen.

Leichte Verbesserungen gibt es im Bereich Marktorganisation und Wettbewerb. Botswana und Mauritius sind die am stärksten marktwirtschaftlich orientierten Länder der Region. Insgesamt ist eine leichte Verbesserung im regionalen Durchschnitt um 0,21 Punkte im Bereich Privateigentum und um 0,11 in Markt- und Wettbewerbsordnung im Vergleich zum BTI 2022 zu verzeichnen. Im Verhältnis zum BIP stand Mosambik im Jahr 2022 bei den ausländischen Direktinvestitionen in Subsahara-Afrika an erster Stelle.

In drei Ländern, Kenia, Sambia und Tansania, haben sich die politischen Rahmenbedingungen der ökonomischen Transformation verbessert. In allen drei Fällen muss das Vertrauen in neue Regierungen jedoch noch durch konkrete Reformen gerechtfertigt werden. Kenia erreichte 2014 den Status eines Landes mittleren Einkommens und verzeichnete zwischen 2015 und 2019 ein stabiles jährliches Wachstum. Nach dem ökonomischen Schock durch die Covid-19 Pandemie ist seit 2021 wieder eine Erholung mit einem Wachstum von 7,5% zu verzeichnen. Die friedliche Wahl 2022 stellt dabei eine wichtige politische Voraussetzung für die Umsetzung der längerfristigen Ziele der neuen Regierung wie Schuldenreduzierung, Stärkung der Privatwirtschaft und Eindämmung der Folgen des Klimawandels dar. Kenia verbessert sich beim Schutz der Eigentumsrechte um einen Punkt. Sambia, dessen Wirtschaft bereits vor der Pandemie kaum oder nur sehr langsam wuchs, rutschte 2020 mit -2,8% Wachstum in eine Rezession. Für 2021 betrug das Wachstum 4,6%. Insgesamt erhoffen sich nationale und internationale Beobachter durch den neuen Präsidenten Hichilema neue wirtschaftliche Impulse und besseres Management. Sambia verbessert sich im Vergleich zum BTI 2022 in sechs Indikatoren, unter anderem bei der Förderung der Privatwirtschaft und im Bankensektor. In Tansania fiel der privatwirtschaftliche Aufwärtstrend am deutlichsten aus. Präsidentin Samia Suluhu Hassan verfolgt im Gegensatz zu ihrem Vorgänger einen stärker marktwirtschaftlich orientierten Kurs. Im Juli 2020 hatte die Weltbank Tansania den Status eines Landes mittleren Einkommens zugesprochen. Die Wirtschaft wächst zwar konsistent, jedoch bleibt auch das Bevölkerungswachstum mit 3% hoch. Tansania verbessert sich in allen Indikatoren im Bereich Markt- und Wettbewerbsordnung sowie Privatwirtschaft. Da das Tempo der Umsetzung geplanter Reformen eher schleppend ist, ergeben sich bisher keine Effekte auf die sozio-ökonomische Gesamtentwicklung des Landes. Die Arbeitslosigkeit bleibt sehr hoch, und der informelle Sektor macht unverändert einen großen Teil der Wirtschaft aus. Hinzu kommen neue Herausforderungen durch steigende Inflationsraten.

Im Vergleich zum BTI 2022 verliert Namibia je einen Punkt bei Marktorganisation und Privatunternehmen. Ein Grund ist die rechtliche und regulatorische Unsicherheit im Bereich der privaten Investitionen. Das New Equitable Economic Empowerment Framework (NEEEF) beinhaltete zunächst eine obligatorische Kapitalbeteiligungsklausel, wonach 25 % des Eigentums in lokalem Besitz von Angehörigen ehemals benachteiligter Bevölkerungsgruppen sein sollten. Da dies als Investitionshemmnis angesehen wurde, wurde diese Klausel aus dem vom Kabinett im Februar 2020 angenommenen Gesetzentwurf gestrichen. Die zu formalisierenden Regelungen

in den noch zu erlassenden Gesetzen könnten jedoch die Wiedereinführung ähnlicher Maßnahmen ermöglichen. Andere Reformen, zum Beispiel im Bereich Steuern, werden langsam oder inkonsistent umgesetzt. Daher bleibt ein gewisses Maß an Unsicherheit bestehen, was dazu beigetragen hat, dass potenzielle einheimische wie auch ausländische Investor:innen zunehmend abwartend reagieren.

Auch Südafrika verliert bei diesen Indikatoren, im Bereich Privatwirtschaft sogar zwei Punkte. Einige Wirtschaftszweige sind noch immer unter der Kontrolle staatlicher Unternehmen, die oft schlecht gemanagt werden und damit den Haushalt belasten. Dazu gehören Unternehmen wie Eskom, der nationale Energieversorger, und Transnet, das nationale Schienengüterverkehrsunternehmen. Trotz des Gesetzes zum Broad-Based Black Economic Empowerment (kurz B-BBEE) bleibt eine vergleichsweise hohe Ungleichheit bestehen: 29 % der Unternehmen an der Johannesburger Börse (JSE) sind mehrheitlich in schwarzem Besitz, 39 % werden von einem schwarzen Management geführt, allerdings waren nur 2 % der Unternehmen vollständig in schwarzem Besitz. Zudem werden hohe bürokratische Hürden durch das B-BBEE und eine zu kleine Gruppe von Profiteuren beklagt.

Ein hervorstechendes Merkmal der Region südliches und östliches Afrika ist die extreme Ungleichheit sowohl zwischen den Ländern der Region als auch innerhalb von Ländern. In Namibia und Südafrika sind die Einkommen besonders ungleich verteilt. Namibia verlor 10 Ränge im ungleichheitsgewichteten Human Development Index 2021/22. Die Beschäftigung im Privatsektor nimmt ab, während mehr als ein Drittel der Menschen im öffentlichen Sektor und in Staatsunternehmen beschäftigt ist. Auch in Botswana, Mosambik, Sambia und Südafrika sind die Einkommen sehr ungleich verteilt.

Ebenso stark ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen den Ländern. Trotz einer generellen leichten Erholung der Wirtschaft sind bisher kaum positive Effekte im Bereich der Armutsbekämpfung zu sehen. In vielen Ländern lebt ein großer Teil der Bevölkerung nach wie vor von der Landwirtschaft und leidet damit unter den Preisschwankungen für Agrarprodukte. Der informelle Sektor ist weiterhin groß und macht nach aktuellen Schätzungen der International Labour Organization in Burundi, Madagaskar, Mosambik, Tansania und Uganda über 90% der Beschäftigungsverhältnisse aus. In Madagaskar, einem der ärmsten Länder der Welt, stieg die Armut im Berichtszeitraum von 77,4% im Jahr 2020 auf 81% 2022. Auch in Malawi herrscht extreme und weit verbreitete Armut. Die Regierung ist der größte Arbeitgeber im formellen Sektor, da der Privatsektor nach wie vor klein ist. Das Land leidet unter schwerwiegenden Infrastrukturmängeln, die sich vor allem im Straßennetz zeigen. Dies wirkt negativ auf die Transportkosten aus, erschwert den Verkauf von Agrarerzeugnissen und den Zugang zu Nahrungsmitteln.

Die starken Unterschiede zwischen den Ländern schlagen sich auch in der Bereitstellung sozialer Sicherungssysteme nieder. Während Mauritius beispielsweise die Alterssicherung weiter ausbaut, bleiben soziale Sicherheitssysteme in vielen anderen Ländern rudimentär oder auf familiäre Netzwerke beschränkt. Die Länder mit simultanen politischen und wirtschaftlichen Krisen, z.B. Simbabwe, Somalia und Südsudan, stehen vor den größten Herausforderungen. Somalia ist seit mehr als 30 Jahren ohne einen funktionierenden Staatsapparat. Die somalische Wirtschaft ist von Einfuhren abhängig und wird hauptsächlich durch den privaten Verbrauch angetrieben, der zu einem großen Teil von Überweisungen der Diaspora abhängt. Die Ausfuhren machen weniger als 20 % des BIP aus. In Eritrea herrscht eine Kommandowirtschaft, zu der zuverlässige statistische Daten kaum vorhanden sind. Die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft,

die den Großteil der erwachsenen Bevölkerung dazu zwingt, für ein Taschengeld im Nationaldienst zu arbeiten oder als Soldat zu kämpfen, hat zu einer Verzerrung des Arbeitsmarktes geführt und fördert weiterhin die Massenabwanderung der Jugend und der Gebildeten, wodurch die Fragilität der staatlichen Institutionen weiter zunimmt.

Sehr geringe Verbesserungen gibt es hinsichtlich der Bildungspolitik und der Gleichstellung. In Somalia, und hier vor allem in Somaliland, gibt es eine Zunahme privater Bildungsanbieter. Dies führt zu einer Verbesserung in diesem Indikator, allerdings ausgehend von einem extrem niedrigen Niveau. Die Chancengleichheit stagniert in der Region. Obwohl formal alle ethnischen Gruppen gleich behandelt werden, spielt die ethnische Zugehörigkeit, manchmal auch gekoppelt an die Nähe zur Regierungspartei sowie die Einbindung in klientelistische Netzwerke, faktisch eine Rolle im Ressourcenzugang. Eine Sonderstellung nimmt Äthiopien ein, wo ethnische Identitäten auf der politischen Ebene relevant bleiben und durch das System des ethnischen Föderalismus sogar verstärkt werden. Mauritius, Namibia, Ruanda und Südafrika sind die Länder mit der größten Geschlechtergerechtigkeit. Auf der anderen Seite bleibt die Lage in Bezug auf LGBTQ-Rechte in vielen Fällen problematisch. Auch hier ist Somalia das Schlusslicht, wo Frauen durch das patriarchalische clanbasierte System starke Nachteile in allen Bereichen des öffentlichen Lebens erleiden.

Governance

Die Region sieht sich damit einer Reihe von erheblichen strukturellen Problemen – Armut und starke soziale Ungleichheit, eine wenig diversifizierte und von externen Rahmenbedingungen abhängige Wirtschaft, ungünstige oder sich verschlechternde klimatische Bedingungen, das Fehlen von gut ausgebildeten Arbeitskräften – gegenüber, die durch Klimawandel, Konflikte und schwache Zivilgesellschaften weiter verschärft werden. Die strukturellen Bedingungen sind in etwa gleich schwierig geblieben, die Konfliktdensität nimmt aber etwas zu.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Botswana	Südafrika ▼	Mosambik	Simbabwe
	Mauritius	Tansania	Uganda ▼	Eswatini ▼
		Ruanda	Äthiopien	Somalia
		Dschibuti	Burundi	Südsudan
		Sambia ▲		Eritrea
		Malawi ▼		
		Kenia		
		Namibia		
		Madagaskar		
		Angola		
		Lesotho ▲		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2024. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2022.

Viele Länder sind durch die Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Die meisten Regierungen setzen sich Klimaschutzziele, die allerdings oft anderen politischen Prioritäten insbesondere hinsichtlich des Wirtschaftswachstums untergeordnet werden. Kenia nimmt klimapolitisch eine Vorreiterrolle ein. Bei seiner Antrittsrede im Jahr 2022 bekräftigte Ruto die Verpflichtung zu 100 % sauberer Energie bis 2030. Kenia ist auf dem besten Weg, dieses Ziel zu erreichen. Mehr als 90 % der Stromerzeugung stammen aus grünen Initiativen, darunter Geothermie, Solarenergie, Biogas und Strom aus der Zuckerverarbeitung. Kenia wurde auch vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) als Vorreiter im Kampf gegen die Plastikverschmutzung gewürdigt, da das Land frühzeitig Maßnahmen ergriffen und Gesetze gegen Einwegplastik durchgesetzt hat.

In Tansania und Uganda wird hingegen durch den geplanten Bau einer Pipeline, die sich von den Ölfeldern in West-Uganda zum Hafen von Tanga erstrecken soll, wirtschaftlichen Erwägungen eine Priorität vor dem Umweltschutz eingeräumt. Umweltaktivisten fürchten, dass dieses Projekt zu hohen CO₂-Emissionen führt und protestieren gegen den Bau, blieben aber bisher besonders von der ugandischen Regierung ungehört. Auch Namibia vergab zwischen 2020 und 2022 Lizenzen zur Exploration von Öl- und Gasfeldern sowie zum Uranabbau. Letzteres führte zu einem Kompetenzkonflikt zwischen den zuständigen Ministern und deutet auf eine schwache Umsetzung klimafreundlicher Politiken hin.

Neben komplexen strukturellen Problemen sind die Staaten am Horn von Afrika von Gewaltkonflikten betroffen. In Somalia bestehen die größten Herausforderungen in der Bekämpfung des Aufstands von al-Shabaab, wiederkehrenden Umweltkatastrophen (vor allem Dürren) und humanitären Notsituationen. Die Regierungskapazität der herrschenden Eliten ist schwach. Im Berichtszeitraum kam es zu einer Zunahme der Konfliktintensität, vor allem durch Al-Shabaab-Angriffe auf Zivilisten, Regierungseinrichtungen sowie internationale und nationale Sicherheitskräfte. Auch Gewalt zwischen rivalisierenden Clans bleibt ein Problem. Im Südsudan gibt es zahlreiche interkommunale Auseinandersetzungen, die das Potential haben, zu größeren Konflikten zu eskalieren. Machtkämpfe politischer Eliten, ethnische Spannungen sowie Konflikte zwischen sesshaften Bauern und Nomaden sind miteinander verwoben und sorgen für eine andauernde Unsicherheit im Land. Ausreichende Konfliktlösungsmechanismen sind zur Zeit nicht vorhanden. Zudem fehlt es an wichtiger Infrastruktur, vor allem Straßen, Zugang zu Elektrizität sowie grundlegende staatliche Dienstleistungen. Während der Regenzeit werden weite Teile des Landes unzugänglich. Bildung, Gesundheitsversorgung, Abwasserentsorgung und Trinkwasserzugang werden hauptsächlich von der Gebergemeinschaft finanziert und von NGOs durchgeführt.

Äthiopien litt im Berichtszeitraum unter einem Bürgerkrieg, der alle politischen und wirtschaftlichen Indikatoren negativ beeinflusste. Die starke Politisierung von Ethnizität in einem System des „ethnischen Föderalismus“ bildet den Hintergrund einer extremen Polarisierung. Im Jahr 2021 wurden mehr als 5,1 Millionen Menschen aufgrund von gewaltsamen Konflikten innerhalb des Landes vertrieben, vor allem aus den Regionen Afar, Amhara und Tigray. Neben dem Hauptkonflikt zwischen Zentralregierung und tigrischen Aufständischen gab es identitätsbasierte Gewalt auch in anderen Teilen des Landes.

In anderen Ländern sind stark autoritäre Strukturen ein Hemmnis für Verbesserungen der Regierungsführung. In Eritrea hat die Kombination aus fehlgeleiteter Wirtschaftspolitik, des fehlenden demokratischen Wandels und der Militarisierung der Gesellschaft zu einem Massenexodus geführt. Dieser bewirkte einen gravierenden Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften und

damit eine entscheidende Schwächung der staatlichen Institutionen und öffentlichen Dienste. In Ländern wie Burundi, Ruanda oder Mosambik sind vormalige Konflikte zwar offiziell beigelegt, jedoch agieren die Regierungsparteien autoritär und für Dissens bleibt wenig Raum. In Simbabwe kommt es zu verstärkter Repression gegen die Opposition. Im Jahr 2022 hat es willkürliche Verhaftungen von Parlamentsabgeordneten und anderen Politiker:innen gegeben, die auf eine zunehmende Polarisierung schließen lassen. In Vorbereitung auf die Wahlen 2023 wird daher eine Zunahme politischer Gewalt befürchtet. Auch in Eswatini nahmen die Spannungen zwischen der Monarchie und der Demokratiebewegung im Berichtszeitraum zu.

Vor dem Hintergrund der enormen strukturellen Herausforderungen zeigt sich bei den Indikatoren Priorisierung, Implementierung und Lernfähigkeit jeweils ein negativer Trend, der bei der Implementierung mit $-0,23$ im Vergleich zum BTI 2022 am deutlichsten ausfällt. Positiv ist die Entwicklung zum Beispiel in Sambia und Tansania, wohingegen Mauritius und Südafrika in diesem Bereich Punkte verlieren. Was die Priorisierung und Implementierung angeht, kann man eine Kluft zwischen ambitionierten Zielen und einer schwachen Umsetzung feststellen. Gravierende Umsetzungsdefizite sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen: eine unterbezahlte, unmotivierte oder unprofessionelle Verwaltung, insbesondere auf den unteren Ebenen; eine Top-Down-Managementkultur der staatlichen Verwaltung mit einem hohen Grad an Zentralisierung der Entscheidungsfindung; unklare Zuständigkeiten für bestimmte Aufgaben; unzureichende Mittel für die Umsetzung; aber auch Korruption und Vetternwirtschaft.

Nicht alle Regierungen sind in der Lage, kohärente Politiken zu formulieren. Gerade in autoritären Regimen ist die langfristige Zielsetzung oft kurzfristigen Erfordernissen der Regimestabilität untergeordnet. Ruanda, traditionell effizient in der Politikumsetzung, hat im Berichtszeitraum ein neues Zieldokument Vision 2035 veröffentlicht, das ebenfalls zum Ziel hat, bis 2035 den Status eines Landes mittleren Einkommens zu erreichen. Viele der Instrumente sind inspiriert von traditionellen ruandischen Praktiken, die aber zum Nutzen der Regierung umgedeutet werden. Die Dezentralisierung hat die Präsenz des Staates und die Rechenschaftspflicht der Lokalverwaltungen vergrößert. Damit geht jedoch auch ein dirigistischer Durchsetzungsstil einher, der sich auf der Makroebene positiv auf die Wirtschafts- und Steuerungskapazität auswirkt, aber zugleich den politischen Eliten zugutekommt. Der Top-Down-Stil der Prioritätensetzung spiegelt sich auch darin wider, dass einige im vorherigen Entwicklungsplan Vision 2020 nicht erreichten Ziele in Vision 2035 wieder aufgenommen wurden, ohne sie einer Fehleranalyse zu unterziehen.

Auch in Mauritius hat sich ein exekutiver Top-Down Stil durchgesetzt, der wenig Raum für Konsensfindung lässt. In Äthiopien priorisierte Premierminister Abiy Ahmed bei Amtsantritt die Durchführung demokratischer und liberaler Reformen. Seine Regierung zeigte sich aber unfähig, die Probleme des Landes zu lösen. Der Ausbruch gewaltsamer Konflikte in der Tigray- und Oromia-Region ist zum Teil eine direkte Folge dieses Politikversagens. Die umfassenden Reformen in Äthiopien – einschließlich der Öffnung des politischen Raums und der Pressefreiheit – sind seitdem vorerst gescheitert. Die Regierung reagiert zunehmend repressiv und unterstellt Reformorientierung dem übergeordneten Ziel des politischen Überlebens. Diese Problematik der ad hoc-Orientierung lässt sich auch in einer Reihe weiterer Länder beobachten. In Eritrea, Eswatini oder Uganda wird Politik nach aktuellen Erfordernissen der Regimestabilisierung um-

gesetzt. In Simbabwe ist die politische und wirtschaftliche Krise so umfassend, dass sie die Umsetzungsfähigkeit von Politik grundsätzlich in Frage stellt. In den gescheiterten Staaten sind die Regierungen nicht in der Lage, formulierte Ziele effektiv umzusetzen.

Nicht überall in der Region ist die Zivilgesellschaft in der Lage, an der Ausgestaltung von Politik mitzuwirken. Im Extremfall Eritrea sind unabhängige Interessengruppen vollständig verboten, in anderen Ländern wie Madagaskar oder Uganda bleibt die Zivilgesellschaft fragmentiert und durch fehlende Ressourcen geschwächt. Stärkere Zivilgesellschaften existieren aber in Kenia, Sambia und Südafrika. In Kenia hat die Zivilgesellschaft vor allem in der letzten Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Uhuru Kenyatta entscheidend zum Aufbau einer demokratischen öffentlichen Sphäre beigetragen, indem sie Transparenz bei den Wahlen und in der Regierungsführung einforderte. Auch in Tansania besteht die Hoffnung, dass sich unter der neuen Präsidentin Hassan die Aktivitäten nicht-staatlicher Organisationen wieder freier entfalten können.

Südafrika ist der klare Verlierer im Governancebereich. Sowohl in der Priorisierung als auch der Implementierung und Lernfähigkeit verliert das Land Punkte. Südafrika hatte sich mit dem 2012 formulierten National Development Plan (NDP) bis 2030 ambitionierte Ziele gesteckt. Statt sich der anvisierten Abschaffung von Armut anzunähern, ist diese im Berichtszeitraum sogar angestiegen. Auch die Arbeitslosigkeit, die auf 6% reduziert werden sollte, stieg weiter an und lag 2022 bei 29,8%. Einer der Hauptgründe für die Implementierungsschwäche ist die Verquickung von Staat und Regierungspartei. Korruption und Missstände in der Verwaltung sind endemisch, die staatlichen Institutionen werden zum Schauplatz innerparteilicher Machtkämpfe. Infolgedessen wird die Regierung die meisten, wenn nicht sogar alle wichtigen Ziele des NDP hinsichtlich der Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit deutlich verfehlen.

Auch in Namibia sind politische Affinitäten bei der Besetzung höherer Regierungs- und Verwaltungsposten (z. B. im Kabinett, auf der Wahlliste für Parlamentswahlen oder in Staatsunternehmen) wichtig, wenn nicht sogar wichtiger als die Kompetenz in bestimmten Fachbereichen. Dies schränkt die kohärente Zielsetzung und die effiziente Umsetzung programmatischer und strategischer politischer Ziele ein. Die Glaubwürdigkeit wird auch durch interne Prioritätsunterschiede zwischen den Ministerien für Bergbau, Fischerei, Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt untergraben. Dies hat in der Vergangenheit zu Konfrontationen geführt, die sich in einer widersprüchlichen Politik niedergeschlagen und notwendige Maßnahmen blockiert haben. Unter den Zwängen einer desolaten Finanzlage werden auch umweltpolitische Bedenken, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Exploration natürlicher Ressourcen, wirtschaftlichen Erwägungen geopfert. Auch Ausschreibungsvorschriften werden bisweilen umgangen, um Bietern mit politischen Beziehungen einen Vorteil zu schaffen.

Im Bereich der Lernfähigkeit kann Botswana als positives Beispiel gelten. Hier hat die Regierung 2022 Maßnahmen für Monitoring und Evaluation beschlossen, die der Messung von Effizienz und Effektivität bei der Umsetzung aller politischen Maßnahmen, Programme und Projekte der Regierung dienen sollen. In Sambia und Tansania haben die neuen Regierungen jeweils größere Kritikfähigkeit und Flexibilität angekündigt. Beide versprachen, aus den Fehlern ihrer Vorgänger lernen zu wollen. Inwieweit dies angesichts der weiter angespannten ökonomischen Situation möglich ist, bleibt abzuwarten.

Bei der Korruptionsbekämpfung lassen sich keine Fortschritte erkennen. In mehreren Ländern hat sich die Lage diesbezüglich sogar verschlechtert, zum Beispiel in Botswana, Kenia, Madagaskar und Südafrika.

Im außenpolitischen Bereich diversifizieren die Länder des südlichen und östlichen Afrikas weiterhin ihre Kontakte sowohl innerhalb als auch außerhalb der Region. Die internationale Kooperation verbesserte sich um 0,23 im Vergleich zum BTI 2022. Dahinter verbergen sich jedoch teilweise gegenläufige Trends. Einige Länder wie Burundi oder Lesotho verbessern sich leicht. Botswana und Mauritius bleiben die glaubwürdigsten Partner in der Region, während Namibia und Südafrika diesbezüglich je einen Punkt verlieren. Viele Jahre lang galt Südafrika in der internationalen Gemeinschaft als eine normative Macht. Dieser Status war vor allem dem weltweiten Beispiel zu verdanken, das das Land mit der friedlichen Überwindung des Apartheidregimes gegeben hatte. Dieses Image war bereits angeschlagen und wurde nun weiter beschädigt, da sich Südafrika weigerte, für UN-Resolutionen zu stimmen, in denen die russische Invasion in der Ukraine verurteilt wurde. Dies trifft auch auf Namibia zu, das seine Beziehungen zu China und Russland weiter ausbaut.

Ausblick

Hinsichtlich ihres politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstands verbesserte sich das südliche und östliche Afrika im Statusindex mit einem leichten Plus von 0,25 Punkten. Die strukturellen Bedingungen in der Region bleiben jedoch auch zukünftig schwierig. Einiges wird davon abhängen, wie sich die weltweite politische und wirtschaftliche Lage weiterentwickelt, zum Beispiel in Bezug auf die ökonomischen Effekte des Ukraine-Kriegs, aber auch auf die zunehmende Instabilität in Westafrika und die Rolle Russlands. Auch Umweltereignisse wie Dürren und daraus resultierende Probleme bei der Ernährungssicherung werden die Regierungen vieler Länder weiterhin vor Herausforderungen stellen.

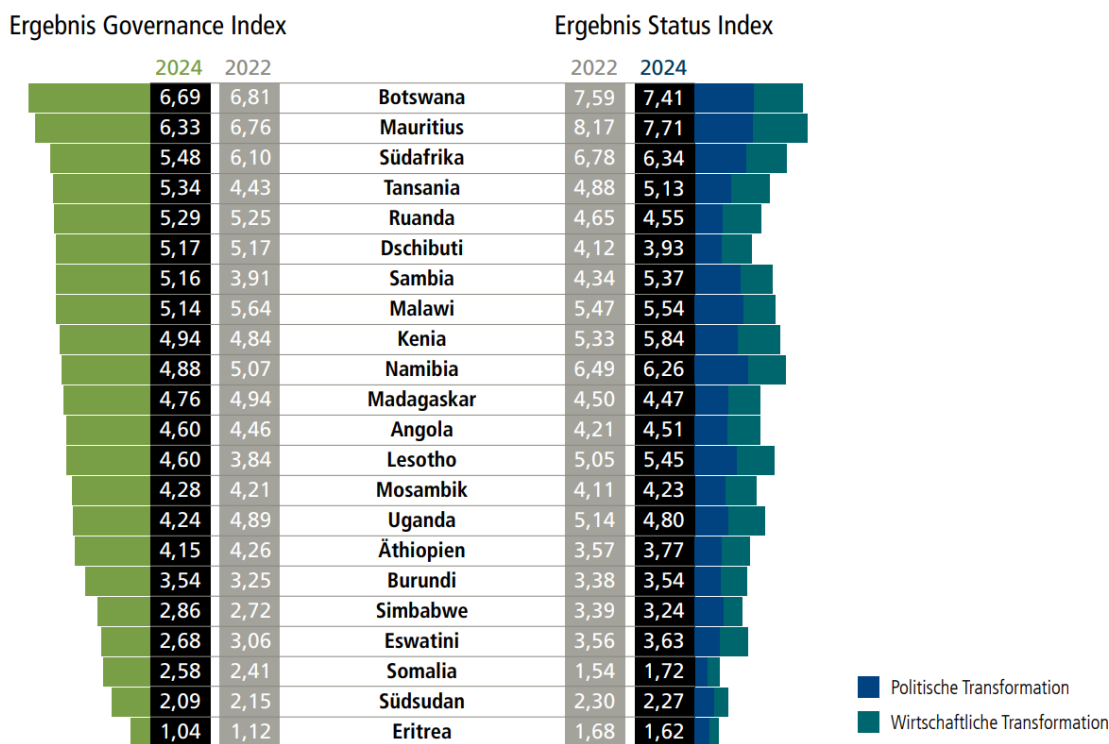
Auf all diese Rahmenbedingungen haben die Regierungen des südlichen und östlichen Afrikas nur begrenzten Einfluss. Ein zentraler Faktor bei der Bewältigung der komplexen Aufgaben bleibt die politische Transformation, insbesondere die Legitimität der Regierungen. In einigen Ländern breitet sich Unzufriedenheit aus, die aus zwei miteinander verbundenen Quellen gespeist wird: den uneingelösten Versprechen auf wirtschaftlichen Wohlstand und der oft mangelhaften Qualität der politischen Institutionen. Die Beispiele Kenia und Sambia zeigen sehr gut, wie stark politische und ökonomische Transformation miteinander verknüpft sind. Die gelungenen Wahlen geben dem Regierungshandeln neue Legitimität und erhöhen das Vertrauen von Gebern sowie nationalen und internationalen Investor:innen. Sie stellen somit eine gute Voraussetzung für einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung dar. Wichtig wird sein, den positiven Impuls zu nutzen und durch umsichtige Politikplanung zu verstetigen. Leider haben afrikanische Regierungen auch nach einem Machtwechsel oft bei der Implementierung und durchgreifenden Reformen enttäuscht. Daher bleibt abzuwarten, ob der positive Impuls in langfristige Verbesserungen umgesetzt werden kann.

Die beiden Beispiele zeigen noch etwas: es gibt eine hohe Nachfrage nach strategisch gut aufgestellter Opposition. Hichilema in Sambia und Ruto in Kenia konnten beide neue Wählerschichten für sich gewinnen und mit überzeugenden Wahlkämpfen punkten. Die Glaubwürdigkeit politischer Akteure gehört zu den kritischen Reformforderungen. Gerade im südlichen und östlichen Afrika finden sich viele dominante Parteiensysteme, die mit dem Staatsapparat verflochten sind, aber aufgrund der schwachen Opposition nahezu ungehindert agieren. Selbstverständlich unterscheiden sich die Handlungsspielräume von Oppositionsparteien in demokratischen Staaten mit funktionierender Gewaltenteilung wie Botswana oder Südafrika von denen in geschlossenen Autokratien. Selbst in den ehemaligen Musterländern zeigen sich jedoch Tendenzen von Desillusionierung, die von den vorhandenen Oppositionsparteien nicht in attraktive Politikangebote kanalisiert werden. Es besteht insofern die Gefahr, dass die politische Beteiligung und die Zustimmung zur Demokratie weiter sinkt – nicht, weil Demokratie als Staatsform etwa nicht gewünscht ist, sondern weil die Problemlösungskapazitäten in Frage gestellt werden. Deshalb ist nicht nur eine stärkere Zusammenarbeit oppositioneller Gruppen, sondern auch eine kohärentere Politikformulierung aller Parteien notwendig. Der Weg zu nachhaltiger Demokratie ist unterschiedlich weit. In einigen Autokratien ist ein Machtwechsel derzeit nicht absehbar, wenn gleich kleinere Reformen möglich sind. In Tansania hat sich der Regimetyp zwar nicht verändert, dennoch setzt die neue Präsidentin Hassan vorsichtige positive Impulse.

Im Bereich der wirtschaftlichen Transformation muss die Öffnung für privatwirtschaftliche Investitionen weiterverfolgt werden. Die Bedingungen für Unternehmen müssen verbessert werden, insbesondere auch durch eine transparente Politik und die Entflechtung wirtschaftlicher und politischer Interessen und Akteure. Inflation und steigende Staatsverschuldung erschweren allerdings einige dringend notwendige Reformvorhaben, zum Beispiel Investitionen in die Infrastruktur. Vielen Ländern fehlen qualifizierte Arbeitskräfte, insofern wäre auch ein Ausbau des Bildungswesens erforderlich. Eine Priorität sollte auf der Diversifizierung der Wirtschaft liegen. Viele Länder exportieren nach wie vor nur wenige Güter, was sie vulnerabel gegenüber ökonomischen Schocks macht. Zudem stehen einige Vorhaben zum Ressourcenabbau im Konflikt zu Klimaschutzzielen.

In den schwächsten Staaten der Region bleibt die Gewährleistung von Sicherheit ein wesentliches Problem. Gerade die Konflikte am Horn von Afrika sind miteinander verwoben und stellen damit regionale Herausforderungen dar. Der Waffenstillstand in Äthiopien bildet eine der wichtigen Voraussetzungen für eine Beilegung der Gewalt, wohingegen der Aufbau von Frieden und Sicherheit in Somalia und Südsudan sicher noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

Im Bereich der Regierungsführung ist das Bild gemischt, jedoch gilt auch hier die Beobachtung, dass gelungene Wahlen und, wie im Fall von Tansania, selbst kleinere Reformen insgesamt eine Aufwärtsspirale in Gang setzen können, während in ehemaligen Musterländern eher eine Abwärtsspirale zu sehen ist.



Die Zeichen für die Zukunft bleiben für die Region gemischt. Gemessen an der Tatsache, dass die Bedingungen für erfolgreiche Transformation nicht einfacher werden, ist die weithin beobachtete Stagnation keine gute Nachricht.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2023.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2024

ISBN

978-3-86793-974-4

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de